

## **Protokoll der 11. öffentlichen Sitzung des Kommunalen Hochschul- und Studierendenbeirates (KHSBR)**

Datum: 23.10.2014  
Ort: Rathaus, Fischmarkt 1, Raum 244  
Zeit: 16:30 – 18:15 Uhr  
Anwesenheit: siehe Anlage

### **Tagesordnung**

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Bestätigung des Protokolls vom 19.06.2014
3. Diskussion zum Semesterticket in Erfurt
4. Diskussion zur Zweitwohnsitzsteuer in Erfurt
5. Information zum Stand der Satzungsänderung aus der Beratung vom 19.06.2014
6. Sonstiges

Eingeladen waren zu den TOP 3 und 4 die Beigeordnete Finanzen und Liegenschaften sowie der Vorsitzende des Ausschusses Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben, Herr Dr. Reinhard Duddeck sowie für die Veranstaltung insgesamt der Oberbürgermeister.

Der Oberbürgermeister war zeitlich verhindert, bat aber darum zu informieren, dass er die nächste Beratung unbedingt selbst wahrnehmen wolle und bat deshalb weiter, bei der Terminfindung dazu eine Abstimmung mit seinen Terminen vorzunehmen.

Auch Herr Dr. Duddeck war verhindert, hat aber seine prinzipielle Bereitschaft signalisiert, an kommenden Beratungen des KHSBR teilnehmen zu wollen.

Beide Informationen wurden den Mitgliedern der Beiratssitzung am 23.10.2014 übermittelt.

Zu 1. Der Vorsitzende begrüßte die Anwesenden und stellte die Beschlussfähigkeit fest

Zu 2. Das Protokoll vom 19.06. wurde ohne weitere Rückfragen mit 2 Enthaltungen angenommen.

Zu 3. und 4.

Gemäß Punkt 8 im Protokoll der Beratung vom 19.06.2014 sollten die Themen "Semesterticket" und "Zweitwohnsitzsteuer" zusammen beraten werden, für beide TOP hatten die StuRa der Universität und der Fachhochschule gemeinsame Tischvorlagen eingereicht.

Der Vorsitzende übergab das Wort den Vertretern der Studierenden, die bezüglich des Semestertickets noch einmal auf fehlende Information und unzureichende Unterstützung der Stadt Erfurt für "Studentische Interessen" abstellten. Frau Morgenroth unterstrich diese Aussagen, dass sie sich den Beirat als Verständigungs- und Informationsplattform zwischen den Hochschulen, resp. den Studierenden und der Stadtverwaltung und dem Stadtrat vorstelle.

Frau Prof. Polster stellte dazu später fest, dass es Ziel sein müsse, den Informationsfluss, z.B. bei anstehenden Verhandlungen oder Änderungen der Beförderungskonditionen/Fahrpläne generell zu verbessern.

Nachdem Frau Pablich sich dahingehend äußerte, keine Aussagen zum Semesterticket an sich treffen zu können und der Vorsitzende auf die Beratung mit dem Oberbürgermeister und Vertretern der EVAG vom 8. Juli 2013 verwies, bei der der OB selbst teilgenommen hatte und auf der das angesprochene

Thema bereits ausführlich diskutiert wurde, wurde zunächst das Thema 'Zweitwohnsitzsteuer' behandelt.

Danach führte Frau Pablich Argumente zur Begründung und Definition der Zweitwohnsteuer (ZWSt.) und deren rechtlichen Sicherung aus, erläuterte die Entwicklung der ZWSt. in Erfurt und stellte dar, dass derzeit etwa 2000 Nebenwohnsitzer registriert wären, von denen etwa 800 zur Steuer herangezogen würden. Die Einnahmen für die Stadt daraus lägen bei einem Kostenanteil von 50 T€ bei etwa bei 250 T€. Deren Wegfall bei Aufhebung der ZWSt. würde zu erheblichen Einbußen bei der Erfüllung freiwilliger Leistungen führen, welche u. a. auch der Verbesserung der Attraktivität des Hochschulstandortes an sich dienen.

Es gab eine rege, teils widersprüchliche Diskussion darüber, ob Studierende diese hohe Zahl von Einnahmen erbringen können, wo doch viele Studierende über wenig Mittel verfügen. Es wurde eine Ungerechtigkeit dahingehend angemerkt, dass z. B. Verheiratete Berufstätige (u.a. auch Professoren) mit Zweitwohnsitz von der Steuer befreit sind.

Die Frage, wie viele Studierende unter den 800 benannten Besteuerten liegen, konnte nicht beantwortet werden. Allerdings berechnete Frau Prof. Polster, dass die Einnahmen von 250 T€ bei 800 Veranlagten durchaus eine Summe ergäbe, die in den Größenordnungen von 16 % Jahresmiete eines Studierenden lägen könnten, d. h. im Umkehrschluss, dass durchaus eine größere Anzahl von Studierenden unter den 800 Veranlagten zu finden wären.

Eine Entlastung dieser wäre, schon im Interesse der Studierendenschaft, anzustreben, obwohl selbst bei 800 veranlagten Studierenden diese nur eine Anzahl von 8% aller Studierenden ausmachen.

Herr Stassny bekräftigte den Sachverhalt dahingehend, dass der Beirat dem Stadtrat eine Empfehlung zur Einstellung der Zweitwohnsitzsteuer geben sollte. Am besten sollte dazu ein Gespräch mit den Fraktionsvorsitzenden angestrebt und über einen interfraktionellen Antrag die Anfrage zur Abschaffung gestellt werden. Frau Morgenroth merkte dazu an, dass es vor zwei Jahren bereits eine Diskussion und Empfehlung, damals zum Semesterticket, gegeben habe, welche keine sichtbare Reaktion nach sich gezogen hätte, worauf Herr Stassny entgegnete, dass sich alle Fraktionen im Wahlkampf für den Kommunalen Hochschul- und Studierendenbeirat bekannt hätten und das Thema jetzt neu aufgegriffen werden sollte.

In der nachfolgenden angeregten, aber auch in mehreren Bezugsebenen geführten Diskussion wurden weitere Argumente wie das BAFÖG i. V. in Bezug zur Zweitwohnsitzsteuer, die Ungleichbehandlung von Professoren oder anderen am Arbeitsort tätigen Zweitwohnsitzer gegenüber Studierenden, veränderte Bedingungen juristischer oder rechtlicher Grundlagen<sup>1 2</sup> bis hin zu verwaltungsrechtlichen Fragen einer möglichen anzufordernden Satzungsänderung zur Zweitwohnsitzsteuer und damit im Zusammenhang stehenden Fragen aufgeführt.

Die Diskussion fokussierte sich darauf, Argumente bzw. Massnahmen zu finden, die Zahl der Hauptwohnsitze zu erhöhen, da die Pro-Kopf-Zuwendung im Landesfinanzausgleich höher wäre als die erhobene Steuer der veranlagten Zweitwohnsitzer.

Dabei wurde im Vorfeld jedoch von Frau Pablich festgestellt, dass es angesichts der HH-Lage auch bei Anmeldung des Hauptwohnsitzes kein "Begrüßungsgeld/Semesterzuschuss" oder andere Vergünstigungen in dieser Richtung geben könne.

Der Vorsitzende beendete die zusammen beratenden TOP 3 und 4 mit folgenden Vereinbarungen:

---

<sup>1</sup> Urteil des BVerfG : Ein degressiver Zweitwohnungsteuertarif verletzt das Grundrecht auf Gleichbehandlung des Art. 3 Abs. 1 GG; Klageabweisung des Stura der TU Dresden am 25. März 2014 durch das Sächsische Oberverwaltungsgericht;

<sup>2</sup> Gestaltungsmöglichkeiten bestehen beispielsweise bei der Definition einer Wohnung, Befreiungstatbeständen sowie der Höhe der Zweitwohnungssteuer (Erfurt 16%, Weimar 13%, Bundesdurchschnitt/Schmalkalden 10%) Dagegen gibt es in Ilmenau für Studierende mit Hauptwohnsitz 80€, bei angemeldeten 2.000 Studierenden sogar 100 € und die Zweitwohnungssatzung in Jena ist seit 2003 ausgesetzt, solange 3.000 Studierende angemeldet sind). In Hannover und Nürnberg sind Studenten ohne bzw. geringem Einkommen z.B. von der Zweitwohnungssteuer befreit.

1) Die Studierenden recherchieren in ihrem Umfeld die Zahl der veranlagten Zweitwohnsitzer als Grundlage weitere Diskussionen, ggf. anonym auch die Zahl derer, die bisher weder Hauptwohnsitzer in Erfurt sind und auch nicht zur Zweitwohnsitzersteuer herangezogen werden.

2) Durch Studierendenräte bzw. deren Vertreter im Hochschulbeirat wird ein Positionspapier erarbeitet, welches als Grundlage für eine mögliche Beratung mit den Fraktionsvorsitzenden bzw. für eine Empfehlung an den Stadtrat zur Veränderung der Zweitwohnsitzsatzung herangezogen werden kann.

Im Vorgriff auf den Punkt Sonstiges/Terminplanung wurde durch den Vorsitzenden darauf orientiert, dass eine weitere Behandlung des Themas – auch unter dem Fokus dass der Oberbürgermeister die nächste Beratung selbst wahrnehmen möchte – erst nach Vorlage des Positionspapieres erfolgen wird.

Durch Frau Prof. Polster und den Gast, Frau Reinecke (Lehrbeauftragte, Lehrbeauftragte für Latein am Sprachenzentrum der Universität Erfurt) wurde gebeten zu informieren, wie hoch der letzte Satz der Schlüsselzuweisung (kommunaler Finanzausgleich)<sup>3</sup> pro Einwohner wäre und wie sich die Einnahmen entwickeln würden, wenn die noch nicht in Erfurt Gemeldeten ihrer Hauptwohnsitz in Erfurt nehmen würden.

5. Herr Seyfarth informierte darüber, dass sowohl die in der letzten Beratung des KHSBR eingebrachten Satzungsänderungen als auch die auf diese Satzung wirkende geplante neue Kooperationsvereinbarung mit der IUBH grundsätzlich durch das Landesverwaltungsamt bestätigt seien und die damit im Zusammenhang stehenden Vorlagen auf dem Weg zur Beschlussfassung durch den Stadtrat wären.

6. Sonstiges

### **Kritik an der Qualität des Informationsflusses und der Vorlagenbereitstellung als Diskussionsgrundlage für die Arbeit des Beirates**

In der Vergangenheit wurde durch mehrere Beiratsmitglieder teilweise mehrfach bemängelt, dass seitens der Verwaltung bzw. des Stadtrates keine Vorlagen oder Informationen über zu befassende Beschlüsse vorlägen, die der Beirat hätte diskutieren könne.

Dr. Schmidt-Röh hatte diesbezüglich mehrfach darauf abgestellt, dass dieses Verfahren in Jena, wo er ebenfalls Mitglied im Studierendenbeirat wäre, erheblich besser funktionieren würde. Der Informationsvorlauf vor einer Beschlussfassung wäre erheblich länger und ließe eine vorherige Beratung durch den dortigen Beirat zu. Warum das in Erfurt nicht funktioniere, verstünde er nicht.. (Vergleiche Protokoll vom 4.10.2011, 11.12.2012, 18.04.2013, 8.7.2013)

Herr Vonken verwies auf die Funktion des Beirates als beratendes Gremium des Stadtrates und dass dieser nur beratend wirken könne, wenn er seitens der Verwaltung bzw. des Rates und seiner Ausschüsse angefragt würde. Der Beirat könne nur beratend auftreten, wenn aus den Fraktionen heraus Anfragen kämen. Herr Stassny unterstrich dies mit der Aussage, dass die Meinung des Beirates in den Ausschüssen beraten werden sollte. Dies wurde auch durch Herrn Groß bekräftigt der hofft, dass Anfragen aus den Ausschüssen/Fraktionen heraus kommen.

Herr Seyfarth informierte diesbezüglich über mehrere Sachverhalte:

---

<sup>3</sup> Der kommunale Finanzausgleich wurde 2013 vollkommen umgestellt. Die Schlüsselzuweisung teilt sich auf in den gemeindlichen Anteil gemäß § 11 ThürFAG und in den kreislichen Anteil gemäß § 15 ThürFAG. Als Berechnungsgrundlage dienen das durchschnittliche Ist-Aufkommen der gemeindlichen Steuern der vorvergangenen drei Jahre vor dem Haushaltsjahr, die Einwohnerzahl und die Anzahl der Kinder zwischen 0 und unter 6 Jahren. In 2013 wurde noch die Einwohnerzahl vor ZENSUS (206.384) zur Berechnung der Schlüsselzuweisung zu Grunde gelegt.(vgl. HHPlan 2014)

1. Ausgehend von der Anfrage DS 1203/14 der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen zum Thema *"Informationen an den Hochschul- und Studierendenbeirat – Text: Bisher ist unklar, wie und in welchem Umfang der Hochschul- und Studierendenbeirat Informationen erhält, die mit den Hochschulen zusammenhängen und somit für ihn von Relevanz sind. Ohne die Informationen aus der Verwaltung ist der Beirat weder gestaltungs- noch politikfähig."* und zwei Ergänzungsanträgen der Fraktion 'Die Linke.' und der 'SPD-Fraktion' (Nr. 1640/14 und 1643/14) hat der Stadtrat am 3.9.2014 folgenden Beschluss gefasst:

Beschluss zur Drucksachen-Nr. 1203/14 der Sitzung des Stadtrates vom 03.09.2014

### **Informationen an den Hochschul- und Studierendenbeirat**

Genaue Fassung:

01

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zusammen mit dem Beauftragten der Stadt für die Hochschulen und dem Vorsitzenden des Hochschul- und Studierendenbeirates ein transparentes Verfahren zu entwickeln, das sicherstellt, dass der Hochschul- und Studierendenbeirat alle für ihn relevanten Drucksachen und Informationen erhält. Dabei sollten auch Überlegungen hinsichtlich der Struktur des Beirates in Abstimmung mit den Betroffenen beraten werden.

02

Das Verfahren und weitere Vorschläge zur Optimierung der Arbeit des Beirates sind im I. Quartal 2015 dem Stadtrat vorzulegen.

03

Neben dem Vorsitzenden des Kommunalen Hochschul- und Studierendenbeirates sollen in die Entwicklung dieses Verfahrens auch die Mitglieder des Kommunalen Hochschul- und Studierendenbeirates eingebunden werden. Diese sollten in die Lage versetzt werden, alle Themenbereiche, welche die Hochschulen und Studierenden der Stadt Erfurt betreffen und über die sie Informationen erhalten möchten, benennen zu können. Diese Themen sind in das Verfahren einzubeziehen.

2. Bereits im Vorfeld dieses Beschlusses wurde versucht, die Information für den Hochschul- und Studierendenbeirat zu qualifizieren. Dazu wurde vereinbart, dass alle öffentlichen Drucksachen, die die Dienstberatung des Oberbürgermeisters durchlaufen haben und den Ausschüssen bzw. dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt werden sollen, dem Hochschulbeauftragten zur Kenntnis gegeben werden. Dieser sichtet die Unterlagen, übergibt die Themen dem Vorsitzenden und weist diesen besonders darauf hin, wenn Drucksachen vorliegen, die die Belange der Hochschulen tangieren. In diesem Verfahren, welches seit dem 8.7.2014 durchgeführt wird, sind bisher 164 Drucksachen erfasst und gesichtet. Bisher waren dabei, mit Ausnahme des oben aufgeführten Beschlusses, im Wesentlichen keine Drucksachen relevant. Dennoch erscheint dies ein gangbarer Weg zu sein, allerdings sind dabei Beratungsfolgen mit mehreren Monaten Abstand zu lang, da zwischenzeitlich die Drucksachen schon behandelt werden.

siehe auch Anlage 1

3. Den Informationen von Dr. Schmidt-Röh folgend, fand am 21.10.2014 ein Gespräch zwischen Herrn Seyfarth und dem Leiter des Büros des Oberbürgermeisters Jena, Herrn Bettenhäuser, sowie der dortigen Leiterin des Sitzungsdienstes; Frau Vogl, statt. Ziel war ein Erfahrungsaustausch über die in Jena praktizierte Zusammenarbeit zwischen Studierendenrat und Stadtlm Gespräch wurde deutlich, dass der Informationsfluss in Jena über das Ratsinformationssystem Session realisiert wird.

<https://sessionnet.jena.de/sessionnet/buergerinfo/si0040.php> (zum Öffnen Strg und Mausclick)

Siehe auch Anlage 2

Danach werden mit der Veröffentlichung der Tagesordnung für die Ausschüsse bzw. des Stadtrates alle Drucksachen und zu beschließende Vorlagen einschließlich der textlichen Fassung öffentlich im Internet dargestellt und jeder kann darauf zugreifen. Dies wird auch durch den Studierendenbeirat in Jena so gemacht und erfolgt regelmäßig ab 12 Tage vor der Ratssitzung (freitags 2 Wochen vor der Sitzung). Allerdings finden in Jena **regelmäßig monatlich Sitzungen des Studierendenbeirates** statt, so dass dort die Möglichkeit besteht, auf anstehende Vorlagen einzugehen.

Längere Vorlaufzeiten gibt es entgegen anders lautender Meinungen in der Regel auch in Jena nicht.

Allerdings ist in Jena von Vorteil, dass der Leiter des Büros des OB regelmäßig persönlich an den Beratungen des Studierendenbeirates teilnimmt. Somit kann aus seinem Kenntnisstand heraus möglicherweise bereits über längerfristige Sachverhalte, die die Studierenden in irgendeiner Form tangieren und in Beschlüssen enden könnten, informiert und diskutiert werden. Dabei wird selbstverständlich auf die Vertraulichkeit innerhalb des Beirates verwiesen. Diese Option haben wir so nicht.

In Jena werden die Sitzungen des Studierendenbeirates einschließlich der Tagesordnungen im Sitzungskalender explizit aufgeführt und die Tagesordnung bekannt gegeben. Damit erhält der Studierendenbeirat in Jena eine höhere Präsenz und auch Verbindlichkeit. Er wird auch von den Ausschüssen und dem Stadtrat besser wahrgenommen.

Siehe Anlage 2a

In Erfurt verfügen wir über das gleiche Ratsinformationssystem und auch bei uns werden ca. 12 Tage vor den jeweiligen Veranstaltungen die dort zu behandelnden Drucksachen und Themen öffentlich. Damit wäre ein vergleichbares Prozedere denkbar. Alle in Jena organisierten Routinen wären auch in Erfurt in gleicher Tiefe umsetzbar.

[http://buergerinfo.erfurt.de/bi/si0040.php?\\_cjahr=2014&\\_cmonat=11&\\_canz=1&\\_cselect=0](http://buergerinfo.erfurt.de/bi/si0040.php?_cjahr=2014&_cmonat=11&_canz=1&_cselect=0)

siehe auch Anlage 3

Damit ergäbe sich die Möglichkeit,

- a) wie in Jena in kürzerer Beratungsfolge die möglichen Beschlusspunkte vor den beschlussfassenden Sitzungen zu diskutieren und ggf. ein Votum abzugeben,
- b) an den Ausschusssitzungen (öffentlicher Teil) teilzunehmen und dort die Meinung z. B. der Studierenden(räte) bzw. deren Interessen anzumelden.

Durch die im Beirat vertretenen Fraktionsvertreter/-innen wäre zudem möglich, im Beirat über die Themen zu informieren, die in den Fraktionen behandelt werden. Oft reichen auch die Fraktionen selbst Drucksachen zur Beschlussfassung ein, so dass auf diesem Weg eine sichere Informationsstrecke aufgebaut werden kann.

### **Terminfindung**

Da der Oberbürgermeister zur nächsten Beratung persönlich anwesend sein möchte, das Thema Zweitwohnsteuer aber belegbare Daten bedarf bzw. die Recherchen der Studierenden dazu einige Zeit in Anspruch nehmen wird, wurde auf einen Zeitrahmen abgestellt, an dem die Argumente vorliegen. Erst danach wird ein neuer Termin festgesetzt, wahrscheinlich im Zeitraum Januar/ Februar 2015.

### **Neuwahl Vorstand**

Da die Gremien der Universität Erfurt, der Fachhochschule Erfurt generell noch keine neuen Vertreter als Beiratsmitglieder benannt haben, seitens des Stura der FHE lediglich Herr Heß im Beirat verbleiben wird und auch die nach § 3 (1)2.i zu benennenden Vertreter der Fördergesellschaften und jene nach §3(1)2.j (Vertreter der Zivilgesellschaft) noch keine Äußerung zum möglichen Verbleib im Beirat gemacht haben, sollten durch den Vorstand zeitnah Gespräche zur Mitgliedergewinnung angesetzt werden.

PD Dr. M. Vonken  
Vorsitzender

Peter Seyfarth  
Hochschulbeauftragter

Anlage 1


D59		Technische Ausstattung von Schulen - Nachfragen										
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L	
Id.	Druck Nr.	Titel	Elternteil	Erhalten	Beschl. fassung	Entscheidungsgründung	Bekanntgabedatum	Informiert	Termin	weiliger/kein	Bewertung	
1	0020 /14	Berufung von Mitgliedern der Inspektion des Evangelischen Waisenhauses	D01.01		8. Juli 2014	SR	nein	nein	8. Juli 2014			
2	0197 /14	Verbandsversammlung des (Keine Vorschläge) N+D-Thüringen	D06 B		8. Juli 2014	SR	nein	nein	8. Juli 2014			
3	0199 /14	Entsendung von Mitgliedern in den Stiftungsrat der Stiftung Deutsches Gartenbaumuseum	D06 B		8. Juli 2014	SR	nein	nein	8. Juli 2014			
4	0201 /14	Entsendung von eff. übrigen Verbandsräten und Bestellung deren Stellvertreter in den Spatkassenzweckverband MTh	D06 B		8. Juli 2014	SR	nein	nein	8. Juli 2014			
5	0202 /14	Empfehlung zur Wahl von sachkundigen Mitgliedern des VwR der SpkMThü	D06 B		8. Juli 2014	SR	nein	nein	8. Juli 2014			
6	1158 /14	Namensgebung Gemeinschaftsschule am Roten Berg	D05 Amt für Bildung		8. Juli 2014	SR	nein	nein	8. Juli 2014			
7	1233 /14	Besetzung HA	Die Linke		8. Juli 2014	Hauptausschuss	nein	nein	8. Juli 2014			
8	1232 /14	Beauftragtenwesen öffentlich und öffentlich optimieren	Die Linke		8. Juli 2014	SR	nein	nein	8. Juli 2014			
9	1229 /14	Veräußerung kommunaler Grundstücke mit Nutzungsoption	SPD		8. Juli 2014	SR	nein	nein	8. Juli 2014			
10	1228 /14	Beiratsberatung Haushaltsituation 2014	CDU		11. Juli 2014	SR	nein	nein	11. Juli 2014			
11	1238 /14	Wahl 2. ehrenamt. Beigeordneter o. Geschäftsleiter	D01.00		11. Juli 2014	SR	nein	nein	11. Juli 2014			
12	1237 /14	Wahl 1. ehrenamt. Beigeordneter o. Geschäftsleiter	D01.00		11. Juli 2014	SR	nein	nein	11. Juli 2014			
13	1260 /14	Umsetzung und Förderung des Lokalen Aktionsplanes gegen Rechtsextremismus	D05 Büro BMJ nicht öffentlich bis 2.9.		11. Juli 2014	SR	ja	ja	11. Juli 2014		Unterlagen werden in der Verwaltung besprochen bis zur Beschlussfassung nicht öffentlich	
14	0413 /14	Südliche Stadteinfahrt Andrist, (MAN)-Straße Ergänzung	CDU		15. Juli 2014	SR	nein	nein	16. Juli 2014			
15	1230 /14	Nachfrage aus N6 Sitzung HAS (Bau) vom 10.7.14 zum TOP 4.105 2227 Bebauungsplan STD0657	SPD		15. Juli 2014	SR	nein	nein	16. Juli 2014			
16	1144 /14	Geschäftsordnung für den Stadtrat der LHst. Erfurt und seiner Ausschüsse	D01.00 (BB01)		15. Juli 2014	SR	ggf.	ggf.	16. Juli 2014		bis 2.9. 2014 nicht öffentlich, Entscheidung E bis 2.9. 2014 3.9. öffentlich	
17	1924 /14	Vorhabenbezogener Bebauungsplan LV574 "An der Martinskirche"	04 Bauamt		29. Juli 2014	SR	nein	nein	29. Juli 2014		ist als nicht öffentlich eingestuft	
18	1236 /14	Antrag auf Mitgliedschaft in einem Ausschuss mit Antrags- und Rederecht nach § 20 Abs. 6 GesO	OB		29. Juli 2014	SR	nein	nein	29. Juli 2014			
19	1374 /14	Antrag auf Mitgliedschaft in einem Ausschuss mit Antrags- und Rederecht nach § 20 Abs. 6 GesO	Herr Helmerich		29. Juli 2014	SR	nein	nein	29. Juli 2014			
20	1236 /14	Antrag auf Mitgliedschaft in einem Ausschuss mit Antrags- und Rederecht nach § 20 Abs. 6 GesO	Herr Biczysko		29. Juli 2014	SR	nein	nein	29. Juli 2014			
21	1362 /14	Grundstücksverkehr - öffentliche Ausschreibung von Grundstücken	02 Amt 23		20. August 2014	SR	nein	nein	20. August 2014		bis zur Vorberatung im HA am 27.8. nicht öffentl.	
22	1341 /14	Vertrag über die Durchführung und Vergütung des Rettungsdienstes im Bereich Stadt Erfurt	03 Amt für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz		20. August 2014	SR	nein	nein	20. August 2014		bis zur Vorberatung im DSO (Ausschuss öffentl. Sicherheit, Ortstelle) am 23.9. nicht öffentlich	
23	0643 /14	Feldwegebenutzungsentscheidung - Änderung der Verwaltungskostensatzung	04 Garten und Friedhofamt		20. August 2014	SR	nein	nein	20. August 2014		bis zur Vorberatung im STU (Ausschuss Stad. Umwelt) am 23.9. nicht öffentlich	
24	1377 /14	vereinbarung "Bündnis für gutes Wohnen in Erfurt"	06 Nachhaltigkeitsmanagement		20. August 2014	SR	ggf.	ja	20. August 2014		öffentlich (Hauptausschuss)	
25	0688 /14	Feststellung des Jahresabschlusses der Erfurter Bahn	06 Beteiligungsmanagement		20. August 2014	SR	nein	nein	20. August 2014		bis zur Vorberatung im HA am 2.9. nicht offen	
26	0680 /14	Bestellung von Aufsichtsratsmitgliedern kommunaler Beteiligungen	06 Beteiligungsmanagement		20. August 2014	SR	nein	nein	20. August 2014		bis zur Vorberatung im HA am 2.9. nicht offen	
27	0200 /14	Beteiligung eines Arbeitnehmervertreters in den Aufsichtsrat der Erfurter Bahn GmbH	06 Beteiligungsmanagement		20. August 2014	SR	nein	nein	20. August 2014		bis zur Vorberatung im HA am 2.9. nicht offen	
28	0972 /14	Komplexobjekt Kartäuserstraße 3 BA (Ring/Eckhaus Synagoge/Fuschkinstraße)	04 Tiefbau- und Verkehrsamt		20. August 2014	Hauptausschuss	nein	nein	20. August 2014		bis zur Beschlussfassung im HA am 28.8. nicht öffentl.	

https://sessionnet.jena.de/sessionnet/buergerinfo/to0040.php?...ksnr=5714 Intranet - Einstiegsseite Sitzung 05.11.2014 Stadtrat ...














Sitzungskalender | Politische Gremien

## Sitzung 05.11.2014 Stadtrat der Stadt Jena

**Tagesordnung** Erweiterte Sitzungsansicht Anwesenheit

**Sitzung:** SIR/05/2014 **Gremium:** Stadtrat der Stadt Jena  
**Datum:** 05.11.2014 **Zeit:** 17:00 

**Raum:** Stadt Jena, Rathaus, Markt 1  
**Bezeichnung:** 5. Sitzung des Stadtrates der Stadt Jena

TOP	Inhalt	Dokumente
<b>Nicht öffentlicher Teil:</b>		
1	gesperrte Information	
2	gesperrte Information	
3	gesperrte Information	
4	gesperrte Information	
5	gesperrte Information	
<b>Öffentlicher Teil:</b>		
6	Bestätigung der Niederschrift über die 4. Sitzung des Stadtrates am 01.10.2014 - öffentlicher Teil - Bürgerfragestunde	
7.1	Bürgeranfrage Herr Maß zur Überprüfung Pennickental	14/0002-BA
7.2	Bürgeranfrage Herr Ferge zur Sportentwicklungsplanung - Einrichtung und Besetzung der Planungsgruppen	14/0003-BA
7.3	Bürgeranfrage Herr Dr. Mann zur Kommunikation und Information mit Bürgerinnen und Bürgern durch die Stadtverwaltung Jena	14/0004-BA
8	Fragestunde	
8.1	Anfrage Frau Langhammer zur tarifgerechten Bezahlung der Mitarbeiter der varys GmbH, einer hundertprozentigen Tochter der Stadtwerke Energie (Anfrage aus der 03. und 04. Sitzung des Stadtrates)	14/0020-AN 
8.2	Anfrage Herr Seela zur Einrichtung einer zweiten Bushaltestelle in Isserstedt	14/0022-AN 
8.3	Anfrage Herr Wiese zur Parkplatzsituation in der Lutherstraße	14/0023-AN 
8.4	Anfrage Herr Dr. Nitzsche zu Medien in Jena	14/0024-AN 
8.5	Anfrage Frau Haschke zum Bauvorhaben Burgweg	14/0025-AN 
8.6	Anfrage Frau Weingart zur Öffentlichkeitsarbeit zur "Ordnungsbehördliche Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Stadt Jena"	14/0026-AN 
8.7	Anfrage Frau Dr. Jänchen zur Preiserhöhung bei Schulessen	14/0027-AN 
8.8	Anfrage Herr Giebe zum Stand des geplanten Bebauungsplans Oberauer/Stadion	14/0028-AN 
8.9	Anfrage Herr Lobel zum Bürgerticket des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes (MDV) - Bewertung/Finanzierungskonzepte des VMT und der JNVG	14/0029-AN 
8.10	Anfrage Herr Prof. Beckstein zur Planung der Kleingartenanlage "Lobeda Ost"	14/0030-AN 
8.11	Anfrage Herr Knopf zur Notwendigkeit der Sicherung der Straßeneinfahrt am Felsenkeller durch eine Lichtsignalanlage	14/0031-AN 
9	Beantwortung Große Anfrage "Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in Jena"	GAI/Linke/09/2014  
10	Beschlussvorlage Oberbürgermeister - Sparkasse Jena-Saale-Holzland - Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates für das Geschäftsjahr 2013	14/0068-BV

https://sessionnet.jena.de/sessionnet/buergernfo/s00040.php		Sitzungen	
Intranet - Einstiegsseite (5) Google			
	21:00		
	19:30-21:30	<a href="#">Ortsteilrat Jenaprießnitz/Wogau</a>	Stadt Jena, Gaststätte "Deutsche Eiche", Vereinszimmer
Do 9	19:00-21:30	<a href="#">Ortsteilrat Ammerbach</a>	Stadt Jena, Landgasthof Ammerbach
	19:15-20:15	<a href="#">Ortsteilrat Lobeda-Altstadt</a>	Stadt Jena, Café am Kirchberg
Fr 10			
Sa 11			
So 12			
Mo 13	18:30-20:00	<a href="#">Fraktion ODU</a>	Stadt Jena, Geschäftsstelle, Saalbahnhofstr. 10
	09:00	<a href="#">Ortsteilrat Cospeda</a>	Stadt Jena, Gemeindehaus, Jenaer Str. 1
Di 14	17:00-18:15	<a href="#">Dienstberatung Oberbürgermeister</a>	Stadt Jena, Beratungsraum Lutherplatz 3
	18:30-19:30	<a href="#">Finanzausschuss</a>	Stadt Jena, Beratungsraum Löbdergraben 12
	18:30-19:00	<a href="#">Ortsteilrat Jenaprießnitz/Wogau</a>	Stadt Jena, Gaststätte "Deutsche Eiche", Vereinszimmer
	19:00-20:30	<a href="#">Ortsteilrat Jena-West</a>	Stadt Jena, Büro des Ortsteilrates, Bachstraße 22/23
	19:00-20:30	<a href="#">Ortsteilrat Kunitz/Laasau</a>	Stadt Jena, Alte Schule Kunitz
	19:30	<a href="#">Ortsteilrat Lichtenhain</a>	Stadt Jena, Spritzenhaus (altes Feuerwehrgerätehaus)
Mi 15	16:30-19:00	<a href="#">Hauptausschuss</a>	Stadt Jena, Beratungsraum Am Anger 15
	18:00-19:30	<a href="#">Ortsteilrat Neulobeda</a>	Stadt Jena, Bürgerhaus LISA
Do 16	18:30	<a href="#">Ortsteilrat Kernberge</a>	Stadt Jena, Café Bienensich, Klubraum
Fr 17			
Sa 18			
So 19	16:30-18:00	<a href="#">Studierendenbeirat</a>	Stadt Jena, Beratungsraum Am Anger 15
Mo 20	18:00-18:45	<a href="#">Migrations- und Integrationsbeirat</a>	
Di 21	09:00	<a href="#">Dienstberatung Oberbürgermeister</a>	Stadt Jena, Beratungsraum Lutherplatz 3
	16:30-18:10	<a href="#">Baukunstbeirat</a>	Stadt Jena, Am Anger 26, Beratungsraum 1_03
	17:00-18:10	<a href="#">Finanzausschuss</a>	Stadt Jena, Beratungsraum Löbdergraben 12
	19:30	<a href="#">Ortsteilrat Closewitz</a>	Closewitz, Alte Schule
Mi 22	17:00-18:40	<a href="#">Hauptausschuss</a>	Stadt Jena, Beratungsraum Am Anger 15
	17:30-19:00	<a href="#">Jugendparlament</a>	Beratungsraum Lutherplatz 3
	18:30	<a href="#">Ortsteilrat Wenigenjena</a>	Schillerhof
	18:30	<a href="#">Werksausschuss Kommunalservice Jena</a>	Stadt Jena, Lobstedter Stra?e 68, Beratungsraum Zi. 0.12
Do 23	18:00	<a href="#">Jugendhilfeausschuss</a>	Stadt Jena, Beratungsraum Lutherplatz 3
	18:45-21:45	<a href="#">Ortsteilrat Wöllnitz</a>	Stadt Jena, Feuerwehrgerätehaus



## Sitzung des Stadtrates

Tagesordnung    erweiterter Sitzungsansicht    Beschlussstand    Anwesenheit

**Sitzung:** StR/013/2014    **Gremium:** Stadtrat  
**Datum:** 05.11.2014    **Zeit:** 17:00  
**Raum:** Erfurt, Rathaus, Raum 225, Ratsitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt  
**Bezeichnung:** Sitzung des Stadtrates

- [Tagesordnung öffentl. Teil StR\\_Stand 24.10.2014](#)  
54 KB
- [Tagesordnung nicht öffentl. Teil StR\\_Stand 24.10.2014](#)  
40 KB

TOP	Inhalt	Dokumente
<b>Öffentlicher Teil:</b>		
1	Eröffnung durch den Oberbürgermeister	
2	Änderungen zur Tagesordnung	
3	Einwohnerfragestunde (Anfragen nach § 10 GeschO)	
4	Genehmigung der Niederschrift der Stadtratssitzung vom 01.10.2014	
5	Aktuelle Stunde	
6	Beantwortung von Anfragen (§ 9 Abs. 2 GeschO)	
7	Behandlung von dringlichen Entscheidungsvorlagen	
8	Entscheidungsvorlagen	
8.1	Lärmaktionsplan Einr.: Fraktion BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<a href="#">2356/13</a> <a href="#">Drucksache 94 KB</a> <a href="#">Verfagung BuV 18.09.14</a> 22 KB
8.2	Parkraumkonzeption für die Innenstadt von Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	<a href="#">0129/14</a> <a href="#">Drucksache 113 KB</a> <a href="#">Anlage 1 - Parkraumkonzeption für die Innenstadt von Erfurt 4 MB</a> <a href="#">Anlage 2 - thematische Karten 5 MB</a>
8.3	Weiterentwicklung Parkraumkonzept Einr.: Fraktion SPD	<a href="#">0140/14</a> <a href="#">Drucksache 93 KB</a>
8.4	Parkraumbewirtschaftung durch Dritte Einr.: Fraktion SPD	<a href="#">0141/14</a> <a href="#">Drucksache 93 KB</a>
8.5	Kostenpartung zur Erhebung von Straßenausbaubeträgen für die Teilinrichtung Straßenbeleuchtung öffentlicher Verkehrsanlagen Einr.: Oberbürgermeister	<a href="#">0411/14</a> <a href="#">Drucksache 101 KB</a> <a href="#">Anlage 1 - Auflistung der Straßen 13 KB</a> <a href="#">Anlage 2 - Lagepläne 5 MB</a> <a href="#">Verfagung StR 21.05.14</a> 25 KB

